

„Wissen nutzen“: GIZ stellt Evaluierungsbericht 2020 vor

Eschborn/Berlin, (25. Februar 2021). Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH hat ihr Evaluierungssystem reformiert und legt mit dem aktuellen Evaluierungsbericht erste Ergebnisse vor. Insgesamt bildet der Bericht 215 Projektevaluierungen und deren Bewertung ab und zeigt: die Evaluierungsreform greift. Qualität und Vergleichbarkeit der Evaluierungen wurden erhöht.

Martin Jäger, Aufsichtsratsvorsitzender der GIZ und Staatssekretär im BMZ, betonte: „Evaluierung bekommt immer mehr Gewicht und Aufmerksamkeit in der internationalen Zusammenarbeit und das zu Recht: Sie ist Korrektiv und Wegweiser zugleich. Wir müssen unsere Ansätze immer wieder auf ihre Zukunftsfähigkeit und Wirksamkeit hin überprüfen. Mit ihrer Evaluierungsreform erfüllt die GIZ die hohen Ansprüche deutscher und internationaler Standards an Qualität und Transparenz.“

Mit der Reform setzte die GIZ strengere Maßstäbe bei den Evaluierungen und verbesserte neben der methodischen Qualität auch deren Unabhängigkeit: Die Evaluierungen werden zentral von der Stabsstelle Evaluierung gesteuert, die mit unabhängigen externen Expert*innen arbeitet. Außerdem werden die Projekte nun erst nach deren Abschluss evaluiert, um die Wirkungen noch besser ermitteln zu können. Im Durchschnitt werden die nach den neuen Standards evaluierten Projekte mit der Note 2,3 bewertet.

„Wir wollen unsere Arbeit so wirksam wie möglich gestalten. Evaluierungen bilden hierfür eine unverzichtbare Grundlage. Sie liefern Fakten, auf die sich dann weitere Entscheidungen in der Projektarbeit aufsetzen lassen“, sagte GIZ-Vorstandsmitglied Ingrid-Gabriela Hoven. „Als Bundesunternehmen in der internationalen Zusammenarbeit haben wir immer den Anspruch, Transparenz zu schaffen, unsere Instrumente weiter zu entwickeln und so unsere Leistungen dauerhaft zu verbessern. Denn wir wollen wissen, was wirkt und als Institution dazulernen.“

Governance-Projekte „insgesamt erfolgreich“

In einem Schwerpunkt setzt sich der aktuelle Evaluierungsbericht mit der Arbeit der GIZ im Bereich der Guten Regierungsführung (Good Governance) auseinander. Ob Korruptionsbekämpfung, Stärkung der Zivilgesellschaft oder funktionierende kommunale Verwaltungen – das Governance-Portfolio ist vielschichtig und seit 2008 um mehr als 65 Prozent gewachsen. Fast jedes vierte Vorhaben der GIZ hat gute Regierungsführung zum Ziel. Die im

Kontakt:

GIZ Pressestelle
T +49 61 96 79-4466
E presse@giz.de

Verantwortlich:

Dr. Sabine Tonscheidt
Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn, Deutschland
T +49 61 96 79-11 81
E sabine.tonscheidt@giz.de

Unternehmenskommunikation

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft Bonn und Eschborn

Friedrich-Ebert-Allee 32 + 36
53113 Bonn, Deutschland
T +49 228 44 60-0
F +49 228 44 60-17 66

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn, Deutschland
T +49 61 96 79-0
F +49 61 96 79-11 15

E info@giz.de
I www.giz.de

Amtsgericht Bonn
Eintragungs-Nr. HRB 18384
Amtsgericht Frankfurt am Main
Eintragungs-Nr. HRB 12394
USt-IdNr. DE 113891176
Steuernummer 040 250 56973

Vorsitzender des Aufsichtsrats
Staatssekretär Martin Jäger

Vorstand
Tanja Gönner (Vorstandssprecherin)
Ingrid-Gabriela Hoven
Thorsten Schäfer-Gümbel

Commerzbank AG Frankfurt am Main
BIC (SWIFT): COBADEFFXXX
IBAN: DE45 5004 0000 0588 9555 00

Bericht betrachteten 65 evaluierten Governance-Vorhaben schnitten als „insgesamt erfolgreich“ ab. Dies gilt vor allem für Projekte, die darauf abzielten, kommunale Dienstleistungen etwa von Bürgerämtern und Rathäusern zu verbessern sowie Bürgerinnen und Bürger stärker an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Besonders erfolgversprechend sind Ansätze, bei denen Kommunen und Regierungen eng zusammenarbeiten, etwa bei der Dezentralisierungsreform in Ghana. Dort hat die GIZ in Zusammenarbeit mit der nationalen Steuerverwaltung und den Gemeinden ein Steuerregister aufgebaut, das Unternehmen und Immobilien erfasst. Eine Folge: Die kommunalen Steuereinnahmen steigen.

Die Evaluierung zeigt zudem, dass die Governance-Beratung stark von politischen Rahmenbedingungen beeinflusst wird. Wo politische Entscheidungsträger willens sind, Reformen voranzutreiben, kann die Beratung wertvolle Unterstützung leisten. „In fragilen Ländern wie dem Irak, Mali oder Niger stellen sich besondere Herausforderungen“, erklärte Hoven. „Schon heute findet mehr als die Hälfte unserer Governance-Beratungen in fragilen Kontexten statt. Ein Trend, der sich künftig sicher weiter verstärken wird.“ Um den Herausforderungen zu begegnen, hat die GIZ mittlerweile standardmäßig eine sogenannte Kontextanalyse eingeführt. Schon im Vorfeld eines Projekts werden etwa die politischen Machtverhältnisse, die Rolle von Zivilgesellschaft und Militär, Menschenrechtsfragen und die mögliche Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern analysiert, um die Projektarbeit so effektiv wie möglich aufzustellen. Dass Governance-Beratung auch im volatilen Umfeld gelingen kann, zeigt das Beispiel Mali. Dort hat die GIZ trotz schwieriger politischer Rahmenbedingungen, Hunderte Gemeinden dabei beraten, ihre eigenen Finanzen zu verwalten, um der Bevölkerung Zugang zu Abfallversorgung, Strom- und Wasseranschlüssen zu verschaffen.

Flucht und Migration: Wirkungen trotz erschwerter Bedingungen

In einem weiteren Schwerpunkt untersuchte die GIZ ihre Arbeit im Bereich Flucht und Migration. Dabei ging es nicht um eine abschließende Bewertung der Projekte, sondern darum, aus den Erfahrungen laufender Vorhaben zu lernen. Die Arbeit, insbesondere in den Ländern rund um Syrien, fand unter teils schwierigen Bedingungen statt: Hunderttausende Menschen waren aus ihrer Heimat in angrenzende Länder und Gebiete geflohen, die in keiner Weise darauf vorbereitet waren. Der Handlungsdruck für die GIZ und andere Organisationen war entsprechend groß.

Das Evaluierungsteam, das die Arbeit von insgesamt 95 Vorhaben betrachtete, bestärkte die GIZ in ihrem integrativen Ansatz, sowohl

Geflüchtete als auch die aufnehmenden Gemeinden zu unterstützen, um sozialen Konflikten vorzubeugen. Darüber hinaus muss, so die Erkenntnis, die unmittelbar notwendige Unterstützung stets mit mittel- und langfristigen Maßnahmen verknüpft werden, um den Menschen Perspektiven bieten zu können. Ein Beispiel: „Cash-for Work“-Ansätze (direkt entlohnte Beschäftigungsmaßnahmen) ermöglichen Geflüchteten und Bewohnern aufnehmender Gemeinden kurzfristig verfügbares Einkommen. Mittel- und langfristig sind aber auch berufliche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten nötig, um Perspektiven aufzuzeigen. Für eine dauerhafte Verbesserung der Lebensbedingungen ist es zudem entscheidend, kommunale Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen einzubinden und deren Beschäftigte fit zu machen – seien es Lehrende an Schulen, Berufsschulen oder Betreuer*innen in Einrichtungen zur psycho-sozialen Unterstützung von Geflüchteten.

Den Evaluierungsbericht 2020 finden Sie unter www.giz.de/wissenwaswirkt zum Download.